



Landesverteidigungsakademie  
Wien

# MAZEDONIEN – GELUNGENE KONFLIKTPRÄVENTION, ABER SCHWIERIGE KONSOLIDIERUNG

*Predrag Jureković*

**Ungeachtet der fast abgeschlossenen Implementierung des Ohrid-Abkommens haben sich die interethnischen Beziehungen in Mazedonien wieder verschlechtert. Das Fehlen einer gemeinsamen staatsbürgerlichen Identität von Mazedoniern und Albanern sowie die griechische Blockadepolitik im EU- und NATO-Beitrittsprozess erschweren die gesellschaftliche Konsolidierung. Ethno-zentrische Diskurse verstärken sich.**

## Positiver „Modellfall“ Mazedonien

Die erfolgreiche politische Vermittlung im Mazedonien-Konflikt von 2001 gilt zu Recht als eines der wenigen Beispiele für eine gelungene Konfliktprävention. Westliche Politiker, Repräsentanten der EU, NATO und der OSZE verhinderten durch ein substanzielles Engagement, dass der bewaffnete Konflikt zwischen mazedonischen Sicherheitskräften und der albanischen Guerilla „Nationale Befreiungsarmee“ (UÇK) die Ausmaße eines ethnischen Bürgerkriegs annahm. Mit dem von internationaler Seite vermittelten und von Repräsentanten mazedonischer und albanischer Parteien unterzeichneten „Ohrid Framework Agreement“ (OFA) wurde im August 2001 grundsätzlich die Basis für verbesserte interethnische Beziehungen geschaffen. Insbesondere der in Mazedonien lebenden albanischen Volksgruppe (Volkszählung 2002: 25%), aber auch den anderen nicht-mazedonischen Gemeinschaften wurde eine

höhere Repräsentanz im Staatsdienst und eine Verbesserung ihrer sprachlichen und sonstigen kulturellen Rechte garantiert. Im bis dahin sehr zentralistisch regierten Balkan-Staat sollte als Folge der Umsetzung des OFA die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden.

## Implementierung des Ohrid-Abkommens

In den ersten Post-Ohrid-Jahren ging Mazedonien einen durchaus Erfolg versprechenden Weg: Die notwendigen Gesetze und Verfassungsbestimmungen zur Implementierung des OFA wurden zügig und konsequent im Parlament beschlossen. Mit der Zufriedenheit der Albaner über die Anhebung ihres Anteils im Staatsdienst beruhigten sich vorerst auch die interethnischen Beziehungen. Der ehemalige UÇK-Kommandant Ali Ahmeti gründete die Partei „Demokratische Union für Integration“ (DUI), die in Koalition mit mazedonischen Parteien Regierungsverantwortung übernahm. Das

Parlament beschloss eine Amnestie für die ehemaligen UÇK-Kämpfer. Mazedoniens Bemühungen, seine Stabilität zu vergrößern, belohnte die EU schließlich im Dezember 2005, indem es als zweiter Staat des Westbalkans den Kandidatenstatus erhielt. Doch schon bald danach wurde Mazedonien bei seinen Anstrengungen, sich innenpolitisch zu konsolidieren und außenpolitisch in die EU und NATO zu integrieren, mit großen Problemen konfrontiert. Zum Schlüsselproblem entwickelten sich dabei die komplizierten Beziehungen zum Nachbarn Griechenland.

### **Außenpolitischer Konflikt mit innenpolitischen Folgen**

Ungeachtet seiner umfangreichen wirtschaftlichen Investitionen in Mazedonien blockiert Athen die Beitrittsverhandlungen des Nachbarlandes mit der EU und den – eigentlich schon 2009 vorgesehenen – Beitritt Mazedoniens zur NATO. Für eine Beendigung seiner Vetopolitik fordert Griechenland wegen seiner gleichnamigen nördlichen Provinz die Änderung des Staatsnamens der Republik Mazedonien. Auch ein Weiterkommen Mazedoniens in den Integrationsprozessen unter der provisorischen internationalen Bezeichnung „Former Yugoslav Republic of Macedonia“ scheiterte bisher an der griechischen Ablehnung. Daran änderte auch eine Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs nichts, die im Dezember 2011 zugunsten der mazedonischen Position im Namensstreit ausgefallen war. Auch die bisherigen Versuche des 1999 als UN-Sondervermittler eingesetzten Matthew Nimetz, zwischen den Streitparteien einen Kompromiss im Namensstreit zu vermitteln, waren nicht erfolgreich.

Der Umstand, dass Mazedonien wegen des bilateralen Konflikts mit Griechenland vom einstigen EU- und NATO-Vorreiter in der Region zum Nachzügler wurde, hat die ethnischen Bruchlinien seit dem Jahr 2008 wieder erkennbar vergrößert. Sowohl auf mazedonischer als auch albanischer Seite sind ethno-zentrische politische Diskurse wieder salonfähig geworden. Die Zahl der gewaltsamen

Vorfälle mit ethnischem Hintergrund hat 2011/12 signifikant zugenommen. Der im letzten Jahrzehnt oftmals beschworene „Geist von Ohrid“ scheint zu verblasen.

In der Folge werden die unterschiedlichen albanischen und mazedonischen Perzeptionen der innen- und außenpolitischen Entwicklung beschrieben. Die Quellen hierfür sind Politiker aus beiden Volksgruppen und Mitarbeiter von Think Tanks, die der Autor Ende September im Rahmen eines Forschungsaufenthalts in Skopje interviewt hat.

### **Albanische Kritik**

Sowohl albanische Politiker als auch Mitarbeiter albanischer NGOs anerkennen, dass sich die Mitwirkungsmöglichkeiten der Albaner an politischen Entscheidungsprozessen als Folge der Implementierung des OFA substantiell vergrößert haben. Die in der Regierung vertretene DUI und die oppositionelle Demokratische Partei der Albaner (DPA) sind aber unzufrieden mit dem aus ihrer Sicht noch nicht befriedigend gelösten Gesetz über die Verwendung des Albanischen als offizielle Sprache. Zum Beispiel wird kritisiert, dass Regierungssitzungen noch immer ausschließlich in mazedonischer Sprache abgehalten werden. Auch die Parlamentsarbeit verläuft nur teilweise zweisprachig. Des Weiteren sehen die albanischen Politiker auch die Frage der Verwendung albanischer nationaler Symbole noch nicht als definitiv gelöst an.

Ein wesentlicher Kritikpunkt betrifft die nicht ausreichende Berücksichtigung der mehrheitlich albanischen Gemeinden im Nordwesten bei der Aufteilung des Budgets. Den Angaben albanischer Politiker zufolge würden die Albaner mit ihren Abgaben 30% des mazedonischen Gesamtbudgets beisteuern, jedoch würden nur 3-4% an konkreten Leistungen in mehrheitlich albanische Gebiete „zurückfließen“. Während die Regierung ca. 200 Mio. € für das Projekt „Skopje 2014“ aufwendet, verfüge die hauptsächlich von Albanern bewohnte Stadt Tetovo nicht einmal über ein funktionierendes Trinkwassersystem – so die albanische Kritik.

## Schwache staatsbürgerliche Identität

Albaner und Mazedonier stimmen darin überein, dass zwischen den beiden Volksgruppen derzeit kaum gemeinsame Interessen bestehen. Die Chance, in der Post-Ohrid-Phase eine multiethnische, staatsbürgerliche Identität aufzubauen, wurde aus albanischer Sicht hauptsächlich durch die Politik des national-konservativen und seit 2006 amtierenden mazedonischen Regierungschefs Nikola Gruevski zunichte gemacht. Gruevski und seine Partei VMRO-DPMNE betreiben eine Identitätspolitik, die antike Vorbilder wie Alexander den Großen und mazedonische Revolutionäre des 19. Jh. in den Mittelpunkt stellt. Nicht-mazedonische Bürger fühlen sich von dieser Identitätskonstruktion nicht angesprochen. Das stärkste gemeinsame Band zwischen Albanern und Mazedoniern ist das außenpolitische Ziel, der NATO und der EU beitreten zu wollen. Albanische Politiker zeigen zwar Verständnis für die mazedonische „Empfindlichkeit“ im Namensstreit mit Griechenland. Sie kritisieren aber die geringe mazedonische Flexibilität in dieser Frage und zeigen sich frustriert darüber, dass Mazedonien im EU-Integrationsprozess nicht vorankommt.

## Soziale Frustration und radikale Ideen

Bei einer Jugendarbeitslosigkeit, die höher als 50% liegt, sind insbesondere bei jungen Albanern die Erwartungen an den EU-Beitritt sehr hoch. Die ethno-zentrische Identitätspolitik von Premierminister Gruevski und die griechische Blockadepolitik erzeugen bei jungen Albanern soziale Frustration, die einen guten Nährboden für radikale politische Ideen bildet. Selbst liberale Albaner, die für Think Tanks in Skopje arbeiten, sind der Ansicht, dass die ethnische Kluft wieder zugenommen hat und langfristig nur ein nach ethnischen Gesichtspunkten organisierter föderativer Staat die politische Stabilität garantieren könnte. Viele Mazedonier sehen in solchen Ideen allerdings den Auftakt für einen neuen albanischen Separatismus und stehen ihnen ablehnend gegenüber.

## Mazedonische Sichtweisen

Mazedonische Politiker und Analytiker sind sich darüber uneinig, wie die gesellschaftliche Entwicklung in ihrem Land zu beurteilen ist. Die „Pragmatiker“ und „Optimisten“ sind der Ansicht, dass interethnische Aspekte überbewertet werden und es „ein stabiles Nebeneinander“ der Volksgruppen gibt. Kritischere Stimmen warnen jedoch davor, dass die unter Premier Gruevski entstandene Vergrößerung der ethnischen Kluft sich weiter fortsetzen werde. Insbesondere dann, wenn Mazedonien wegen der griechischen Blockade in absehbarer Zeit auch weiterhin keine Chance haben sollte, der EU beitreten zu können und die politische Unterstützung für exklusiv nationale Identitäten fortgesetzt wird. Ungehalten reagiert man auf mazedonischer Seite auf Vergleiche mit der Situation in Bosnien und Herzegowina. Diese wären nicht zulässig. Schon vor der Unterzeichnung des OFA durch mazedonische und albanische Parteien gab es in Mazedonien einen Grundkonsens über einen einheitlichen Staat, was in Bosnien und Herzegowina sicherlich nicht der Fall wäre.

Wenig Verständnis zeigt die mazedonische Mehrheitsbevölkerung für albanische Forderungen nach einem „OFA+“. Die Mazedonier sind den Albanern mit dem Ohrid-Abkommen und der Amnestieregelung für ehemalige Kämpfer der Guerilla UÇK schon ausreichend entgegengekommen – so die fast einheitliche Meinung auf mazedonischer Seite. Bei weiteren Forderungen albanischer Politiker geht es aus mazedonischer Sicht nur darum, noch mehr „unterqualifizierte Parteifunktionäre“ der beiden albanischen Parteien in Staatsfunktionen unterzubringen. In diesem Zusammenhang wird auch die Praxis vieler albanischer Politiker kritisiert, dass OFA ausschließlich nur auf die eigene, albanische Volksgruppe zu beziehen. Die darin enthaltenen Rechte gelten auch für andere in Mazedonien lebende ethnische Gemeinschaften wie z. B. Türken und Bosnjaken. So könnte auch das Budget für die Förderung der ethnischen Gemeinschaften nicht nur ausschließlich für die mehrheitlich albanisch besiedelten Gebiete verwendet werden. Auch Türken, Bosnjaken und

andere ethnische Gemeinschaften sollten davon profitieren.

### Regionale Aspekte

Korrekt, aber nicht besonders intensiv sind die Beziehungen Mazedoniens zu Albanien. Überwiegend freundschaftlich entwickeln sich die Beziehungen zu Serbien, ungelöst ist aber weiterhin der Streit zw. der Serbisch-Orthodoxen und der Mazedonisch-Orthodoxen Kirche über die Autokephalie der Letzteren. Das Nachbarland Bulgarien unterstützt Mazedonien in seinen Bestrebungen, der NATO und der EU beizutreten. Identitätskonflikte belasten aber die gesellschaftlichen und teilweise auch politischen Beziehungen zw. den beiden Nachbarn. Viele Bulgaren betrachten die Mazedonier als Teil ihrer eigenen Nation und sind deshalb nicht bereit, einen spezifisch mazedonischen Nationsbildungsprozess als Tatsache zu akzeptieren. Neben dem Namensstreit mit Griechenland hat die Entwicklung der Kosovofrage einen direkten Einfluss auf die Stabilität des mazedonischen Staates. Ein möglicher politischer Sonderstatus für den serbisch kontrollierten Norden des Kosovo könnte aus dem unter EU-Vermittlung stattfindenden Dialog zw. Belgrad und Prishtina/Priština resultieren. Als Folge davon könnte sich der ethnische Diskurs in Mazedonien radikalieren, mit stärkeren albanischen Forderungen nach einer territorialen Autonomie oder sogar der Abspaltung ihrer Gebiete von Mazedonien.

### Empfehlungen

- Das Ohrid-Abkommen besitzt im gesamtregionalen Kontext einen Modellcharakter für einen konstruktiven Umgang mit den Herausforderungen in einem multiethnischen Staat. Diese Tatsache sollte zur Verbesserung der interethnischen Beziehungen sowohl von den Politikern und den Medien in Mazedonien als auch von internationaler Seite stärker positiv hervorgehoben werden.

- Zur Wiederbelebung des „Geistes von Ohrid“ ist es notwendig, dass albanische Politiker das OFA nicht ausschließlich als Instrument zur Besserstellung der albanischen Volksgruppe interpretieren, sondern seine Bedeutung für das Zusammenleben aller Volksgruppen in Mazedonien betonen.
- In jenen Bereichen, in denen das OFA noch besser implementiert werden könnte – Sprachenfrage, etwaige Benachteiligung albanischer Gemeinden bei der Zuweisung finanzieller Ressourcen –, ist die mazedonische Regierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten gefordert, Verbesserungen durchzuführen.
- Ziel des Ohrid-Prozesses sollte aber nicht nur ein solides Nebeneinander der Volksgruppen sein. Es sollten von EU-Seite vor allem auch solche Projekte – z. B. im schulischen Bereich – gefördert werden, die „das Miteinander“ jenseits der unterschiedlichen Volksgruppenzugehörigkeit stärken.
- Von EU-Seite sollte mäßigend auf die mazedonische Regierungspartei VMRO-DPMNE und ihre nationale Identitätspolitik eingewirkt werden. Eine vernünftige Identitätspolitik würde sich an einem staatsbürgerlichen Konzept orientieren, das alle Bürger – ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft – anspricht.
- Es erscheint notwendig, dass die EU die Beendigung des Namensstreits zw. Griechenland und Mazedonien zu einer Priorität ihrer Westbalkanpolitik macht. Anderenfalls wäre sie mitverantwortlich dafür, dass sich wegen der griechischen Blockadepolitik in den Integrationsprozessen die interethnischen Beziehungen in Mazedonien weiter verschlechtern.
- Die möglichen Verbindungen zwischen der Nordkosovo-Frage und den interethnischen Beziehungen in Mazedonien sollten bei der Vermittlungstätigkeit im Dialog zw. Belgrad und Prishtina/Priština berücksichtigt werden.

Amtliche Publikation der Republik Österreich  
Bundesminister für Landesverteidigung und Sport

#### Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich/  
Bundesminister für Landesverteidigung und Sport, BMLVS,  
Roßauer Lände 1,  
1090 Wien

#### Redaktion:

BMLVS, Landesverteidigungsakademie Wien,  
Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement  
Stiftgasse 2a, 1070 Wien  
+43 (0) 50201 10 28700  
lvak.ifk@bmlvs.gv.at

#### Redakteur:

Predrag Jureković

#### Erscheinungsjahr:

2012

#### Druck:

HDruckZ-ASt Stift  
xxxx/12

IFK Monitor  
Dezember 2012